

Übersichten

Außenpolitik

***(1)
China begrüßt die Wiedervereinigungsgespräche der beiden koreanischen Staaten**

Seit 1945 ist Korea eine gesplante Nation. Etwa 10 Millionen Koreaner sind von dieser Spaltung unmittelbar betroffen, insofern seit damals ihre Familien auseinandergerissen wurden. In der Bevölkerung besteht ein überwältigender Wunsch nach Wiedervereinigung; doch es sind die Regierungen, die sich nicht einigen können. Ein gewaltiges Trauma hat auch der nordkoreanische Versuch einer gewaltsamen Wiedervereinigung hinterlassen, der zum Koreakrieg (1950-1953) führte, in dessen Gefolge rd. 2 Millionen koreanische Zivilisten ums Leben kamen, gar nicht zu reden von den Hunderttausenden von gefallenen Soldaten auf beiden Seiten.

Im August 1971 war es erstmals zu Gesprächen zwischen den Rot-Kreuz-Delegationen beider koreanischen Staaten in Panmunjom, dem traditionellen Kontaktort zwischen Nord- und Südkorea an der Nahtstelle der beiderseitigen gemeinsamen Grenze, gekommen. Seitdem waren in größeren Abständen immer wieder Vorstöße unternommen, Stufenpläne unterbreitet und Möglichkeiten des Zusammentreffens diskutiert worden - am Vorabend der Olympischen Spiele in Seoul (1988) beispielsweise auch im Hinblick auf das gemeinsame Auftreten einer gesamt-koreanischen Sportmannschaft. Am Ende freilich sind alle guten Vorsätze immer wieder im Nichts zerronnen.

Lediglich Ende 1989 war es (zum zweiten Mal seit 1950) zu begrenzten gegenseitigen Verwandtenbesuchen gekommen. Der erste Verwandtenaustausch hatte im September 1985 statt-

gefunden. Allerdings waren daran immer nur wenige hundert Personen beteiligt.

Unter diesen Umständen haben die Treffen auf Ministerpräsidentenebene, wie sie im September und Oktober 1990 stattgefunden haben, wie ein erstes Hoffnungszeichen gewirkt, auch wenn konkrete Ergebnisse vorerst ausblieben.

Vorausgegangen waren 18monatige Verhandlungen. Am 16. Januar 1989 hatte der nordkoreanische Ministerpräsident Yon Hyung Muk in einem Brief an seinen südkoreanischen Amtskollegen Kang Young Hoon ein Delegiertentreffen der Ministerpräsidenten und der Militärbefehlshaber vorgeschlagen, bei dem politische und militärische Angelegenheiten diskutiert werden sollten, um so die Spannungen zwischen beiden Teilen zu entschärfen. Die Antwort des südkoreanischen Premiers fiel positiv aus. Daraufhin kamen zwischen Februar 1989 und Juli 1990 beide Seiten insgesamt achtmal zu Vorbereitungsgesprächen zusammen. Obwohl die sachlichen Meinungsverschiedenheiten dabei keineswegs ausgeräumt wurden, einigte man sich am Ende doch auf ein Treffen der beiden Ministerpräsidenten.

Folgende sieben Hauptprobleme wären zu lösen, nämlich (1) der komplette Abzug der amerikanischen Truppen von südkoreanischem Boden, (2) der stufenweise Abbau der bewaffneten Kräfte auf beiden Seiten, (3) die Einstellung militärischer Großmanöver (hiermit sind vor allem die südkoreanisch-amerikanischen Manöver gemeint), (4) der Abbau der Mauer auf südkoreanischer Seite der Trennungslinie sowie der Drahtzäune auf nordkoreanischer Seite, (5) die Streichung der Gesetze in Südkorea, die jeden Kontaktaustausch mit dem Norden untersagen, und (6) die Frage der Vertretung vor der UNO. Südkorea favorisiert hier eine Doppelvertretung

(gleichzeitige oder getrennte Beitritte beider Seiten zur UNO), während Nordkorea eine gemeinsame Vertretung beider Staaten bei der UNO verlangt. Besonders schwierig aber ist (7) der Komplex "Reisefreiheit und Grenzöffnung". Am 1. Januar 1990 schlug Kim Il-sung die Schleifung der Betonmauer auf der südlichen Seite entlang der Demarkationslinie vor, um so die Reisefreiheit zwischen beiden Landesteilen zu ermöglichen - wohl wissend, daß er hiermit eine einstweilen unerfüllbare Forderung stellte; denn Südkorea steht noch heute unter dem Schock des nordkoreanischen Angriffs von 1950 sowie der Aufdeckung zahlreicher unterirdischer nordkoreanischer Tunnel i.J. 1974, deren Zweck es offensichtlich sein sollte, in aller Heimlichkeit nordkoreanische Truppen nach Südkorea einzuschleusen. Die südkoreanische Regierung stimmte denn auch lediglich einer Grenzöffnung zum Zwecke der Reisefreiheit zu. Präsident Roh Tae Woo unterbreitete in diesem Sinne am 20. Juli 1990 den Vorschlag, fünf Tage lang eine Schneise bei Panmunjom zu öffnen, beginnend am 15. August, dem 45. Jahrestag der Befreiung Koreas von der japanischen Kolonialherrschaft. Die KDVR jedoch bestand auf einer Beseitigung sämtlicher Reisehindernisse und insbesondere auf einer Schleifung der Betonmauer. Ferner verlangte sie eine Abschaffung des südkoreanischen Gesetzes für nationale Sicherheit und Freilassung aller Personen, die wegen eines Besuchs der KDVR inhaftiert worden sind.

Jedermann weiß, daß Nordkorea diesen Vorschlag nicht ernst meint; denn wenn eine der beiden Seiten freien Austausch und friedliche Konkurrenz zu fürchten hat, dann Nordkorea (zu den Nord-Süd-Vorbereitungsgesprächen vgl. Radio Pyongyang und KCNA in SWB, 9.2. und 10.3.89).

Das erste Treffen zwischen beiden Ministerpräsidenten fand am 5. und 6. September 1990 in Seoul, das zweite am 16. und 17. Oktober in Pyongyang statt.

Bereits bei dem Treffen in Seoul unterbreitete der südkoreanische Ministerpräsident Kang ein Konzept für den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen dem Süden und dem Norden, einen Plan für die Herstellung gegenseitigen Vertrauens im politi-

schen und militärischen Bereich, ein Abrüstungsprogramm sowie einen Entwurf zur Verbesserung der Süd-Nord-Beziehungen. Wie erwartet konnte darüber jedoch keine Einigung erzielt werden.

Gleichwohl ist etwas in Gang gekommen. Grund dafür sind die Umbrüche in Osteuropa und die wachsende Isolierung Nordkoreas, die mit einer steigenden Staatsverschuldung verbunden ist.

Gescheitert sind zwar die meisten der ursprünglich vorgeschlagenen Kontakte, so z.B. ein Gipfeltreffen zwischen den beiden Präsidenten und eine gemeinsame Sitzung von Parlamentarierdelegationen beider Seiten und die Aufstellung gemeinsamer Sportmannschaften.

Gescheitert ist u.a. die Bildung einer gesamt-koreanischen Mannschaft für die Teilnahme an den XI. Asiatischen Spielen (Gespräche dazu Radio Pyongyang in SWB, 17.1.90).

Andererseits ist es jedoch zu ersten wirtschaftlichen Berührungen gekommen, wobei der Hyundai-Chaebol, also das größte Wirtschaftsunternehmen Südkoreas, Aufträge für den Ausbau eines touristischen Zentrums im Diamantgebirge sowie für den Ausbau von Werftanlagen und einer Waggonfabrik erhalten hat. Auch der von den Chinesen vorgeschlagene Plan einer nord-ostasiatischen Wirtschaftszone, der beide Teile Koreas mit Japan und China angehören sollten, hat in Nordkorea offensichtlich Eindruck gemacht. In diesem großen Konvergenzzusammenhang ist auch das Ministerpräsidententreffen zu sehen, das seine Bedeutung in sich trägt, auch wenn es von den Ergebnissen her erfolglos war.

China begrüßte das Treffen der Ministerpräsidenten als ein "bedeutendes Ereignis beim Prozeß der Wiedervereinigung Koreas" (XNA, 7.9.90).

Während Südkorea wirtschaftlich erfolgreich ist und international immer mehr an Ansehen gewinnt, steht der sozialistische Norden isoliert wie nie zuvor da. Vor allem die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Südkorea war ein schwerer Schlag für Pyonyang. Es ist eigentlich jetzt nur noch China, das den Nordkoreanern als vertrauensvoller Ansprechpartner erscheinen muß. -we-

*(2) China plädiert für fortdauernde Vertretung des Demokratischen Kampuchea bei der UNO

Am 18. Juli 1990 hatte der amerikanische Außenminister James Baker in Paris erklärt, daß die USA (1) die Vertretung der DK-Koalitionsregierung bei der UNO nicht mehr anerkennen, und daß sie (2) einen Dialog mit Vietnam aufnehmen wollten, um auf diese Weise zu verhindern, daß die Roten Khmer wieder an die Macht gelangten.

Dieser politische Meinungsumschwung war vorher monatelang Gegenstand von Debatten im US-Kongreß gewesen.

Am 19. Juli protestierte das chinesische Außenministerium in Beijing gegen dieses Vorgehen. Die Mitgliedstaaten der UNO hätten viele Jahre hindurch die legitime Mitgliedschaft der Regierung des DK unterstützt. Es sei wenig sachdienlich, gerade jetzt, da die Lösung der Kambodscha-Frage bevorstehe, diesen Vertretungsstatus zu widerrufen. Der vakante Sitz Kambodschas werde eine "umfassende, gerechte und vernünftige Regelung der Kampuchea-Frage nicht gerade fördern".

Ferner sei die Kambodscha-Frage durch die vietnamesische Invasion vor elf Jahren überhaupt erst entstanden. Der Entschluß Washingtons, die Kambodscha-Frage nun ausgerechnet zusammen mit Vietnam in den Griff bekommen zu wollen, heiße den Bock zum Gärtner machen.

Nicht zuletzt aber sei die Existenz von vier politischen und militärischen Kräften in Kambodscha eine international anerkannte Tatsache. Keine der vier Seiten solle ausgeschlossen, aber es solle auch keine Dominanz einer Seite zugelassen werden (XNA, 19. und 20.7.90) - als ob die Roten Khmer ein schwacher Gegner wären!

In der Zwischenzeit hat Beijing zu seiner Zufriedenheit feststellen können, daß auch die meisten ASEAN-Staaten für den amerikanischen Gesinnungswandel kein rechtes Verständnis aufzubringen vermögen. Zu Beginn der Außenministerkonferenz der ASEAN in Jakarta Ende Juli z.B. unterzog der singapurische Außenminister die amerikanische Wende einer scharfen Kritik. Durch diese neue Politik werde die

unnachgiebige Haltung Vietnams noch zusätzlich gestärkt. Hanoi Ziel sei es immer schon gewesen, der DK-Dreierkoalition den Anspruch auf Vertretung in der UNO streitig zu machen. Wenn dieses Ziel der vietnamesischen Führung jetzt nahezu in den Schoß falle, so bestehe für Hanoi auch kein Verhandlungsdruck mehr. Die amerikanische Entscheidung sei ein falsches Signal an Hanoi zur falschen Zeit.

Daß ausgerechnet Singapur, mit dem damals bereits über die Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen verhandelt wurde, sich in diesem Sinne aussprach, war für Beijing Anlaß zur Genugtuung. -we-

*(3) Die Asienspiele in Beijing

Am 22. September begann in Beijing die XI. Asiad, die im Zeichen der Superlative stand. Insgesamt lagen 6.478 Sportler-Anmeldungen vor, und auch 38 Mitgliederorganisationen des Asiatischen Olympischen Komitees hatten sich - bis auf Palästina - rechtzeitig angemeldet.

Die größten Delegationen wurden mit 838 bzw. 722 Sportlern von China bzw. Japan gestellt. Beide Länder nahmen als einzige an allen 27 Medaillenwettbewerben teil.

Die Asiad gehört neben den Olympischen Spielen, den Commonwealth Games (für die Mitglieder des britischen Empire), der "Universiade" (für Studenten) und den "World Games" (für nichtolympische Sportarten) zu den großen Sportveranstaltungen der Welt. Ihre Geschichte geht bis auf das Jahr 1951 zurück. Anfangs waren die Asienspiele ohne wirkliche sportliche Bedeutung, doch haben sie sich im Laufe der Jahre zu Großereignissen mit meist hohem politischen Stellenwert entwickelt. Besonders deutlich wurde dies 1974 und 1978, als Taiwan und Israel ausgeschlossen wurden, sowie 1986 in Seoul, als 9 der damaligen 36 Mitgliedsländer (darunter Nordkorea) die Teilnahme boykottierten.

Auch die Spiele in Beijing standen unter einem zweifachen politischen Unstern: Einerseits fürchtete die chinesische Führung noch immer Nachbeben der Ereignisse vom 4. Juni 1989 und verhängte deshalb über die Hauptstadt

und vor allem über die Sportgelände strikte Sicherheitsmaßnahmen. Zum ändern hatte wenige Wochen vorher Irak seinen Nachbarn Kuwait überfallen und damit die Teilnahme einer Reihe nahöstlicher Staaten in Frage gestellt.

Beim Einmarsch der Athleten wurde die kleine Mannschaft Kuwaits stürmisch beklatscht. Für die Stimmung der 70.000 Zuschauer im Arbeiterstadion gegenüber den Irakern gab es keine Offenbarungsmöglichkeit, da der Irak am Vorabend der Spiele durch den Olympischen Rat Asiens (OCA) von der Teilnahme ausgeschlossen worden war.

Verlesen wurde bei den Feierlichkeiten u.a. eine Rede des langjährigen kuwaitischen NOK-Präsidenten und Präsidenten des Komitees der Asiad, Sheik Fahah, der bei der Invasion der Irakis in den Kuwait ums Leben gekommen war (Einzelheiten in XNA, 22.9.90).

Der Irak war, wie bereits erwähnt, zwei Tage vor Beginn der XI. Asiad durch den OCA von der Teilnahme an den Wettkämpfen ausgeschlossen worden. 27 Ratsmitglieder hatten für den Ausschluß, 3 dagegen gestimmt und 5 hatten sich enthalten.

Über das Abstimmungsverhalten wurden keine Einzelheiten bekannt gegeben. Der Gastgeber China hatte sich allerdings in den vorangegangenen Debatten wiederholt dafür ausgesprochen, die Delegationen sämtlicher Länder an den Spielen teilnehmen zu lassen und die Politik aus dem Sport herauszuhalten - ausgerechnet China, das jahrzehntelang gegen eine Trennung von Politik und Handel, ja überhaupt gegen eine Entpolitisierung von angeblichen "Sachfragen" polemisiert hatte!

Ein OCA-Sprecher betonte in der Pressekonferenz, der Ausschluß sei eine Reaktion auf den Einmarsch des Irak in Kuwait.

Nachdem einige Länder des Nahen Ostens noch kurz vorher mit einem Boykott der Spiele gedroht hatten, falls der Irak zugelassen werde, war mit dem Beschluß die Teilnahme aller anderen Staaten der Region gesichert.

Noch einige weitere "Politica" der Asiad seien hier erwähnt. So nahm beispielsweise zum ersten Mal seit

1970 wieder eine taiwanesischen Sportdelegation an den Asienspielen teil, und zwar unter der Bezeichnung "China, Taipeh" sowie mit einer eigenen Olympiafahne. 380 Teilnehmer dieser Mannschaft wurden, ähnlich wie das Team Hongkongs, stürmisch begrüßt.

Die iranische Delegation setzte sich - auch dies ein Politikum - aus lediglich sechs Frauen zusammen, die - trauernden Witwen vergleichbar - im schwarzen Tschador auftraten und für den Schießwettbewerb vorgesehen waren.

Die Palästinenser, die nach Ablauf der Anmeldefrist doch noch um Teilnahme nachgesucht hatten, waren mit zwei Mann vertreten, die beim Defilee die Finger zum Victory-Zeichen hochhoben. Die Wettkämpfer Jemens traten erstmals seit der Vereinigung des Landes mit einer gemeinsamen Mannschaft auf.

Die Asiad blieb also auch in Beijing ihrer Tradition als hochpolitisches Ereignis treu. Diese Tendenz wurde noch dadurch betont, daß im Vorfeld zahlreicher Masseneinsätze zur Reinigung und Begrünung von Straßen und Plätzen sowie zur Bekämpfung der sommerlichen Insektenplage durchgeführt worden waren, und daß die Regierung außerdem, um die gewaltigen Kosten von 600 Mio. Yuan zu finanzieren, die Löhne ihrer Arbeiter und Angestellten bis zu einer Höhe von 20% abgeschöpft hatte.

Über die Einzelheiten sowie vor allem über die sportlichen Ergebnisse ist in der nächsten Ausgabe von C.a. zu berichten. -we-

Innenpolitik

*(4)

Intraelitäre Konfliktfelder

Obwohl Chinas politische Führung seit der blutigen Niederschlagung der Studentenbewegung Anfang Juni 1989 nach außen hin Einheit demonstriert, scheint sie intern in nahezu allen wichtigen Fragen zerstritten. Vor allem sind die beiden grundsätzlichen Konflikte über die Neugestaltung des Wirt-

schaftssystems und über die Reform des politischen Systems nach wie vor ungelöst. Einigkeit besteht nur darin, die Macht und Pfründe der kommunistischen Elite zu bewahren. Zu diesem Zweck sind konservative Reformer und die Koalition orthodoxer Kräfte eine politische Notgemeinschaft eingegangen, die die Parole "Stabilität über alles" auf ihre Fahnen geschrieben hat. In den vergangenen Monaten ist jedoch deutlich geworden, daß auch in dieser Frage erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen, nämlich darüber, wie am besten politische und soziale Stabilität gewahrt werden können. In diesem Zusammenhang konnten folgende Konfliktfelder ausgemacht werden:

1) Die Behandlung des Falls Zhao Ziyang.

Die Orthodoxen scheinen nicht nur an der bisherigen Bewertung des gestürzten ZK-Generalsekretärs festhalten zu wollen, sondern auch noch eine weitergehende politische Verurteilung von Zhao Ziyang zu fordern, während Reformkräfte die vorgenommene parteioffizielle Verurteilung von Zhao für überzogen halten und eine partielle Rehabilitierung befürworten.

2) Der Kampf gegen die "bürgerliche Liberalisierung".

Orthodoxe wollen den antibürgerlichen Kampf noch verschärfen, um die demokratischen Tendenzen unter den Intellektuellen und der Studentenschaft einzudämmen. Dagegen vertreten Reformkräfte die Ansicht, daß ein verschärfter Kampf gegen bürgerliche Liberalisierungstendenzen die Intellektuellen und Studenten nur noch weiter von der politischen Führung entfremden würde und daß es dann gänzlich unmöglich wäre, größere Teile der geistigen Elite, die sich ja nahezu ausschließlich außerhalb der Kommunistischen Partei befindet, zu einer aktiven Mitarbeit für das ehrgeizige Modernisierungsprogramm zu gewinnen.

3) Die Arbeit der Massenmedien.

Orthodoxe verlangen eine durchweg positive 'Berichterstattung' und die Propagierung von sozialistischen Vorbildern, während die Reformer mehr Wert auf wahrheitsgemäße und populär geschriebene Berichte legen und fordern, daß die Massenmedien mehr auf die realen Interessen der Bevölkerung eingehen sollten.